



Freie Wähler wollen Schulbezirksregelung für Flüchtlings-und Migrantenkinder kippen

Ein Grundschulkind muss eine öffentliche Schule in dem Bezirk besuchen, in dem es wohnt. Den jeweiligen Schulbezirk bestimmt die Gemeinde. Der Sinn hinter dieser Schulbezirksregelung ist die wohnortnahe Verteilung der Schüler planvoll steuern und eine gleichmäßige Schulversorgung sicherstellen zu können. In Rottweil wollen das die Freien Wähler für Flüchtlings-und Migrantenkinder kippen. Denn sie befürchten eine Überlastung einzelner Schulen durch die Platzierung der Flüchtlingsunterkünfte seitens der Stadt. Und Nachteile für die Kinder.

Rottweil (gg). In einem Antrag wenden sich die Freien Wähler am Dienstag an den Oberbürgermeister der Stadt Rottweil. Sie fordern die Aufhebung der Schulbezirksregelung für Flüchtlings-und Migrantenkinder. Diese sollen nicht, wie die einheimischen Kinder, auf die nächstliegende Schule zu ihrem Wohnort gehen, sondern gleichmäßig auf die in der Schulstadt Rottweil vorhandenen Grundschulen verteilt werden.

Wegen der „andauernden Flüchtlingskrise“, heißt es in dem Antrag der Freien Wähler, „ist auch mit einer zunehmenden Anzahl an Migranten-und Flüchtlingskindern im Stadtgebiet Rottweils zu rechnen.“ Zugleich habe die Stadtverwaltung Flüchtlingsunterkünfte benannt, weswegen nun davon auszugehen sei, „dass einzelne Schulen prozentual weitaus mehr Kinder aufnehmen müssen als andere, würde die Schulbezirkseinteilung beibehalten werden.“

Die Freien Wähler geben dabei als „bekannt“ vor, dass „bereits bei einem Anteil von 30 Prozent an Kindern mit keinen oder schlechten Deutschkenntnissen der Lernerfolg der deutschen Kinder in diesen Schulklassen in Frage zu stellen ist.“ Dramatisch würde der Leistungsabfall ab einem Anteil nicht deutsch als Muttersprache sprechender Kinder von 50 Prozent werden, so die Freien Wähler weiter.

Auch für die Migranten-und Flüchtlingskinder könne nur dann ein optimales Erlernen der deutschen Sprache gelingen, „wenn möglichst wenige von ihnen in einer Klasse sind.“ Einer Gruppenbildung könne so ebenfalls effizient entgegengewirkt werden.

„Schnellstmöglich und unbürokratisch“ wollen die Freien Wähler eine Aussetzung der Schulbezirksregelung für Migranten- und Flüchtlingskinder beschlossen wissen. Der Aufwand für den Transport dieser Kinder, schreiben sie, „wird durch den beschriebenen Benefit mehr als wett gemacht.“

Freie Wähler wollen Schulbezirksregelung für Flüchtlings-und Migrantenkinder kippen

Die Stadtverwaltung plant, neben dem bestehenden Flüchtlingsheim in der Unteren Lehrstraße, weitere etwa in Vaihingerhof und in der Stadtmitte, im Spital einzurichten. Diese beiden sollen nur Frauen und Kindern aus Kriegsgebieten offen stehen. Für Vaihingerhof wäre die vergleichsweise kleine Grundschule Neukirch zuständig. Für das Spital entsprechend der Schulbezirksregelung der Stadt, die noch unter Oberbürgermeister Dr. Michael Arnold beschlossen worden ist, allein die Johanniterschule.